

Klimapolitik | 01.10.2015 | Lesezeit 4 Min.

Nur gemeinsam geht's voran

Auf der Weltklimakonferenz in Paris werden die Teilnehmer einmal mehr versuchen, sich auf eine Verringerung der Treibhausgasemissionen zu einigen. Das IW Köln hat bereits einen Vorschlag vorgelegt, der die größten Emittenten einbezieht. Die aktuellen Pläne der wichtigen Industrie- und Schwellenländer genügen den Anforderungen dagegen nicht immer.

Zwei Zahlen bringen das Problem auf den Punkt: 2 und 195. Damit sich die Lebensbedingungen auf der Erde nicht nachhaltig verschlechtern, soll die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius begrenzt werden. Und 195 Länder sollen dafür sorgen, dass das gelingt.

Diese Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention werden ab dem 30. November auf der Weltklimakonferenz in Paris knapp zwei Wochen lang erneut um eine gemeinsame Klimaschutzlösung ringen.

Doch auch wenn das Klima keine nationalen Grenzen kennt, spielen manche Länder für den politischen Durchbruch eine besonders wichtige Rolle - nämlich jene, deren Emissionen am höchsten sind:

Im Jahr 2013 stieß allein China mehr als zehn Milliarden Tonnen Kohlendioxid aus - das waren nahezu 30 Prozent der globalen Emissionen.

Die USA waren mit gut fünf Milliarden Tonnen CO₂ beziehungsweise 15 Prozent zweitgrößter Emittent; die EU-Staaten kamen zusammen auf knapp vier Milliarden Tonnen und damit rund 11 Prozent.

Der Erfolg der Klimakonferenz hängt also nicht nur von den klassischen Industrienationen ab, sondern auch von großen Schwellenländern wie China oder Indien. Sie wehren sich jedoch aufgrund ihres wirtschaftlichen Nachholbedarfs dagegen, in gleichem Maße auf die CO₂-Bremse treten zu müssen wie die Europäer oder Amerikaner.

Angesichts dessen muss eine pragmatische Lösung her. Das IW Köln hat vor kurzem einen Vorschlag erarbeitet, welcher darauf basiert, dass 15 Länder und Regionen wie die EU für mehr als 80 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich zeichnen (vgl. iwD 23/2015).

Zu den Kernpunkten des Vorschlags gehört, die Emissionsziele der einzelnen Länder an ihr Bruttoinlandsprodukt zu knüpfen – wohlhabendere Staaten müssen also einen größeren Beitrag zur Verringerung der globalen Treibhausgasemissionen leisten als wirtschaftlich schwächere Länder. Zudem wird den Schwellenländern nicht angelastet, dass ihr CO₂-Ausstoß im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses stark gestiegen ist – für sie zählt allein das Basisjahr 2013. Entsprechend unterschiedlich sind die Zielvorgaben für die einzubeziehenden Staaten (Tabelle):

Während Südkorea dem Vorschlag des IW Köln zufolge seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 gegenüber 2013 um 70 Prozent verringern muss, darf China noch 7 Prozent draufpacken.

Klimaschutz: Was Länder tun sollten und was sie vorhaben

Das IW Köln hat einen Vorschlag erarbeitet, demzufolge die einzelnen Staaten und Regionen die Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahren umso stärker reduzieren sollen, je höher ihre Wirtschaftsleistung ist. Verglichen wird dies nachfolgend mit den Reduktionszusagen, die die Länder bislang als Grundlage für die Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 eingereicht haben.

Veränderung der Treibhausgasemissionen bis 2030 in Prozent

	IW-Vorschlag		Aktuelle Zusage	
	gegenüber 1990	gegenüber 2013		gegenüber
Südkorea	-27	-70	-37	nicht festgelegt
Japan	-50	-57	-26	2013
Australien	-24	-47	-26 bis -28	2005
Kanada	-25	-39	-30	2005
USA	-26	-30	-26 bis -28	2005
EU	-38	-28	-40	1990
Brasilien	118	-7	-	
Mexiko	44	-6	-25	nicht festgelegt
Türkei	110	-5	-	
Russland	-27	-1	-25 bis -30	1990
Iran	98	0	-	
Saudi-Arabien	189	0	-	
Indonesien	216	3	-	
Indien	231	5	-	
China	345	7	-60 bis -65	2005

IW-Vorschlag: umfasst jene 15 Länder und Regionen, die aktuell den größten Teil der globalen Treibhausgasemissionen auf sich vereinen und die daher auch den größten Klimaschutzbeitrag leisten müssen; Südkorea und Mexiko: Zusage und Vergleichszeitpunkt richten sich danach, ob und wann ein globales Klimaschutzabkommen zustande kommt; USA: Zusage bis zum Jahr 2025; China: aktuelle Zusage bezieht sich nicht auf die absoluten Emissionen, sondern auf den Kohlendioxidausstoß im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt
 Ursprungsdaten: International Emissions Trading Association

Ein fairer Deal ist also prinzipiell möglich - nun kommt es auf den guten Willen der Konferenzteilnehmer in Paris an. Eine ganze Reihe von Ländern hat bereits eigene Angebote auf den Tisch gelegt - gemessen am IW-Vorschlag sind einige Pläne vielversprechend, andere dagegen enttäuschend.

Die EU-Umweltminister haben erst kürzlich bekräftigt, Mitgliedsstaaten würden ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 40 Prozent reduzieren. An dieser Messlatte hat sich der IW-Vorschlag orientiert und daraus Ziele für die anderen Länder abgeleitet.

Die USA und Russland bewegen sich mit ihren Angeboten zwar grob im Rahmen des IW-Vorschlags. Allerdings beschränken die Vereinigten Staaten ihre Zusage auf den Zeitraum bis 2025 - ob sie danach auf diesem Reduktionspfad bleiben, ist offen. Russland wiederum berücksichtigt in seiner Emissionsrechnung offenbar die Kapazität der heimischen Wälder, Kohlendioxid zu absorbieren - was die Vergleichbarkeit des Angebots erschwert.

Auch die Ankündigungen aus Asien überzeugen nicht völlig:

Japan bleibt mit seiner Zusage, den Treibhausgasausstoß bis 2030 gegenüber 2013 um 26 Prozent zu reduzieren, deutlich hinter der vom IW Köln vorgeschlagenen Verringerung um 57 Prozent zurück.

Und China spricht lediglich von einer Reduzierung der Kohlenstoffintensität - also des CO₂-Ausstoßes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Zwar steckt die Verknüpfung zwischen Emissionen und Wirtschaftsleistung auch im IW-Vorschlag - das chinesische Angebot setzt dem absoluten Treibhausgasausstoß aber keine Grenzen, sodass künftige CO₂-Zuwächse in China die Reduktionserfolge andernorts zunichte machen könnten.

Im Vergleich mit all diesen Konzepten sticht die Vorlage der EU heraus - zumal viele Länder, die in Paris vertreten sein werden, überhaupt noch keine eigenen Zusagen eingereicht haben.

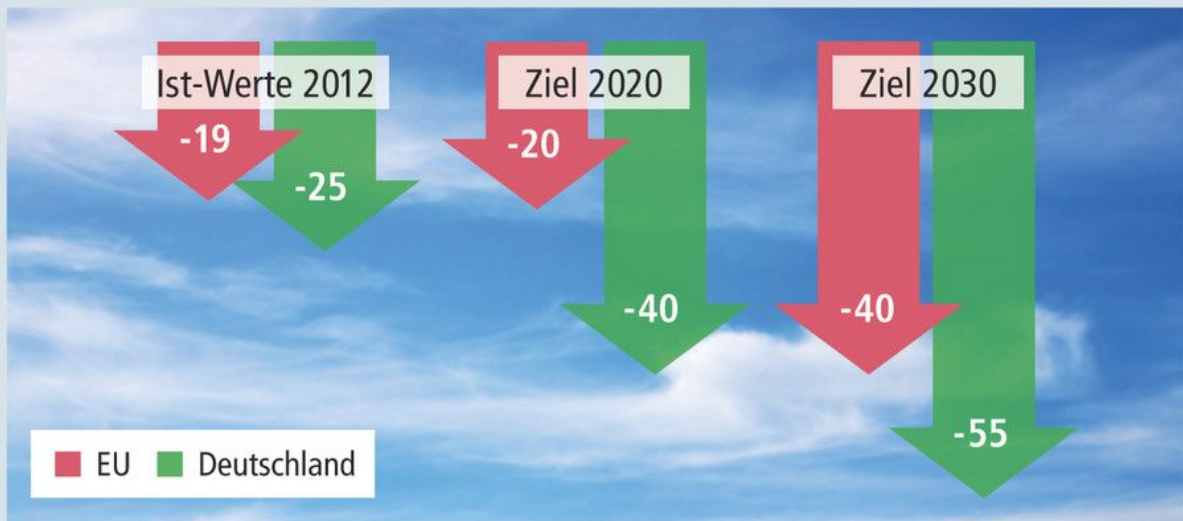
Eine Vorbildfunktion kann die EU zudem deshalb haben, weil sie das vom IW Köln

befürwortete Instrument des Emissionshandels schon einsetzt (vgl. iwd 21/2015). Grundsätzlich trägt der Emissionshandel dazu bei, dass Emissionen dort vermieden werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Weil es beim Klimaschutz um ein globales Problem geht, sollte der Emissionshandel allerdings auch über Europas Grenzen hinaus etabliert werden, im Idealfall weltweit. Ansätze sind vorhanden – so experimentiert China bereits mit diesem Instrument.

Nationale Alleingänge sind dagegen wenig hilfreich und im Rahmen des Emissionshandelssystems sogar ineffizient – so auch das Vorpreschen der Bundesregierung, die bis zum Jahr 2030 die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber 1990 reduzieren will (Grafik Seite 6). Der gesamte Treibhausgasausstoß in der EU wird dadurch nicht stärker reduziert als ohnehin von der EU vorgesehen. Stattdessen würden den Unternehmen in Deutschland höhere Kosten aufgebürdet (vgl. iwd 11/2015) und die Emissionen in andere Länder verlagert.

Klimapolitik: Bundesregierung prescht vor

Veränderung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 in Prozent



EU-Ziel 2020: gemäß dem EU-Klima- und Energiepaket 2020; EU-Ziel 2030: gemäß dem EU-Klima- und Energierahmen 2030; Ziele Deutschland: gemäß dem Energiekonzept der Bundesregierung
Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Umweltbundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwv 40 · Foto: Pixelot - Fotolia.com

Kernaussagen in Kürze:

- Das IW Köln hat im Vorfeld der Pariser Weltklimakonferenz einen Vorschlag vorgelegt, der die Emissionsziele der einzelnen Länder an ihr Bruttoinlandsprodukt knüpft.
- Von allen bereits vorgelegten Angeboten zur Emissionsreduktion ist das der EU besonders vorbildlich.
- Das Vorpreschen der Bundesregierung ist dagegen wenig hilfreich und im Rahmen des Emissionshandelssystems sogar ineffizient.